# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten, unsere Austräger u. Geschäftsstelle, nehmen zu jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg od. sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreise laut aufliegendem Tarif Nr. 4. — Nachweisungs-Gebühr: 20 Rpfg. — Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Anzeigen-Annahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 206

— Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

**Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt**

Nr. 125 — 94. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Tageblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Freitag, den 31. Mai 1935


## Die Seemacht der anderen.

**Aufschlußreiches Zahlenmaterial zu den Londoner Flottenbesprechungen am 4. Juni.**

Der englische Marineetat für 1934 sah mit 53 560 000 Pfund Sterling, zu deutsch rund 700 Millionen Mark und Ersatzbauten im Umfang von etwa 140 000 Tonnen, die umfassendste Ersatztonnage seit dem Kriege vor. Dazu gehören allein zwölf leichte Kreuzer von 5200 bis 7000 Tonnen, von denen man einen schamvoll in der australischen Marine versteckte. Auch drei Flottillenführer (große Zerstörer) und nicht weniger als 25 Zerstörer stehen auf der „Speisekarte" der Admiralität. Die üblichen Neubauten an U-Booten, Kanonenbooten und Hilfsschiffen sowie ein großes und modernes Zerstörerbegleit- und Mutterschiff runden das Bild.

Frankreich bezifferte seinen Etat für 1934 auf rund 2,7 Milliarden Franc, was bei einem Durchschnittskurs von 16,40 Mark pro 100 Franc auch ein ganz nettes Sümmchen ergibt. Die Neubauten bewegen sich ähnlich wie bei England um 120 000 Tonnen herum. Das Paradestück wird das Linienschiff „Dünkirchen" („Dunkerque"), das mit seinen 26 500 Tonnen gegen die 35 000 der britischen Großlinienschiffe zwar klein zu nennen ist, aber das acht 35-Zentimeter-Geschütze tragen wird und dabei eine Geschwindigkeit von 30 Seemeilen entwickeln wird (1 Seemeile gleich 1852 Meter). Überdies trägt die „Dünkirchen" vier Flugzeuge an Bord. Sieben leichte oder kleine Kreuzer liegen gleichfalls auf Stapel, sieben Zerstörerführerschiffe, sechs Hochseeunterseeboote, vier U-Boote sogenannter „II. Klasse" und das übliche Nebenmaterial. Ein völlig neuer Typ sind sogenannte Escorteurs oder Geleitkanonenboote, von denen man zunächst ein knappes Dutzend in Auftrag gegeben hat.

Italien mit seinen 1,3 Milliarden Lire Etatskosten für 1934 (286 Millionen Mark) und seinem Bauprogramm von rund 58 000 Tonnen paßt sein Flottenmaterial seinem Nachbarn an der Mittelmeerküste an. Sechs Kreuzer, vier Zerstörer, zehn U-Boote und zwei Torpedoboote werden verzeichnet, dazu noch einige weitere Bauten, über die Einzelheiten verschwiegen werden.

Die Vereinigten Staaten von Amerika haben 1934 220 000 Tonnen an Neubauten in Auftrag gegeben. Der Etat beläuft sich auf 276 000 000 Dollar. Vier Neubauten entfallen auf die Kreuzer der leichten Gruppe und acht auf die der schweren; die Zerstörerbauten beziffert man mit etwa 32, die U-Bootbauten mit sechs. Teilweise sind die Schiffe — wie auch bei den anderen Mächten — schon in den Dienst gestellt, teilweise erst projektiert, auf alle Fälle sind die erforderlichen Mittel jedoch in der einen oder anderen Form noch im Etat 1933/34 enthalten.

Japan gab seinen Etat für 1934 mit 372,6 Millionen Yen an. Die Neubauten wurden mit 151 000 Tonnen beziffert. (Sechs Kreuzer, 34 Zerstörer und Torpedoboote, 15 U-Boote, zwei Flugzeugträger und Spezialschiffe.) Die Neubauten dürften aber kaum mit einer Tendenz in Auftrag gegeben sein, die sich gegen Deutschland richtet. Leider richtet man gerade die früheren deutschen Schutzgebiete in der Südsee als geeignete Stützpunkte für die Pazifikflotte ein.

„Wo alles baut, kann Moskau es nicht lassen!" Obwohl man gewiß nicht weiß, gegen wen, hat man 1934 vier neue Kreuzer auf der Liste, vier Zerstörer und Hilfsschiffe, wobei man nicht vergessen darf, daß schon zwei der modernisierten Großlinienschiffe „Oktoberrevolution" („Oktjabrskaja-Revoluzia"), „Michael Frunse" und „Marat", den gesamten deutschen sogenannten Linienschiffen an Armierung weit überlegen sind.

Du glaubst zu schieben und du wirst geschoben! So geht es beim Flottenbau der Mächte zu, wo jeder Neubau bei den Nachbarländern entsprechende Ersatz- und Konkurrenzbauten auslöst. Nur Deutschland verwehrt man die nötigen Mittel, um die eigenen Küsten sichern und schützen zu können. Eine einzige Zahl beweist das: Die gesamte aktive im Dienst befindliche Flotte des Reiches umfaßt 113 000 Tonnen. Und das Neubauprogramm eines einzigen Jahres für England — 140 000, für Frankreich 121 000 und für Japan 151 000 Tonnen!

## Sanktionsausschuß auf 24. Juli vertagt.

Der Sanktionsausschuß des Völkerbundes hat die englischen Vorschläge über die Einsetzung eines juristischen und eines wirtschaftlich-finanziellen Unterausschusses angenommen und sich hierauf bis zum 24. Juli vertagt. In dem juristischen Unterausschuß, der am 24. Juni seine Arbeiten beginnen soll, sind England, Frankreich, Italien, Sowjetrußland, Holland, Polen, die Türkei und Südslawien vertreten. Den beiden Unterausschüssen sind entsprechend den englischen Vorschlägen verschiedene Fragen gestellt worden.

# Das französische Kabinett zurückgetreten

Paris, 31. Mai. Die Regierung Flandin ist bei der Abstimmung in der Kammer über das Ermächtigungsgesetz in der Minderheit geblieben und demgemäß zurückgetreten. Die Kammer hat der Regierung die Ermächtigung mit 353 gegen 202 Stimmen versagt.

*

## Bouisson Nachfolger Flandins?

Paris, 31. Mai. Nach der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz, bei der die Regierung mit 151 Stimmen in der Minderheit blieb, wurde die Sitzung der Kammer noch nicht aufgehoben, und man erwartet, daß die Bemühungen zur Lösung der Regierungkrise beschleunigt werden, um, wenn möglich, noch vor dem Beginn der Börse am heutigen Freitag eine Regierung zu stande zu bringen. In den Wandelgängen der Kammer kehrt der Name des Kammerpräsidenten Bouisson als aussichtsreichster Kandidat für den Ministerpräsidentenposten wieder.

*

## Die Kammersitzung in Paris.

Paris, 30. Mai. In der fieberhaften Spannung eines vollbesetzten Hauses und unter ungeheurem Andrang der Zuhörer wurde am Donnerstag nachmittag die Kammersitzung eröffnet, in der die Entscheidung über das Ermächtigungsgesetz fallen wird. Sämtliche Minister mit Ausnahme des Ministerpräsidenten, der erst gegen 18 Uhr erwartet wurde, hatten auf der Regierungsbank Platz genommen.

Der Kammerpräsident gab zunächst bekannt, daß es der Finanzausschuß abgelehnt habe, in die Erörterung der Vorlage einzutreten. Der Abgeordnete Aubert der radikalen Linken stellte die sogenannte Vorfrage mit der Forderung nach Auflösung der faschistischen Verbände, nach Verbot sämtlicher Aufmärsche und auf Schließung der Börse.

Dieser Antrag wurde vom Linksrepublikaner Thellier bekämpft, der bedauerte, daß die Regierung nicht rechtzeitig Maßnahmen gegen die Spekulation ergriffen, worauf der Finanzminister dazwischenrief, daß bei der Staatsanwaltschaft bereits strafrechtliche Verfolgung gegen die Spekulanten beantragt worden sei. Der Abgeordnete Aubert zog schließlich seinen Antrag bezüglich der Vorfrage zurück.

Darauf begrüßte der Generalberichterstatter des Finanzausschusses, Barety, den Beschluß des Ausschusses. Er bezeichnete den Goldabfluß als nicht beunruhigend; trotzdem sei aber die Gefahr nicht außer Acht zu lassen wegen möglicher Rückwirkungen auf die Lage des Schatzamtes. Am 28. Mai seien nicht weniger als 1½ Milliarden Gold abgewandert, und zwar nicht nur ins Ausland, dessen Spekulation sich anscheinend seit dem 25. Mai entmutigt zeige, sondern ins Inland selbst.

Der Schwerindustrielle Fernand Laurent übte ironische Kritik am Kabinett Flandin. Das Kabinett Flandin habe sich bei seiner Vorstellung in der Kammer als Verteidiger der Vorrechte des Parlaments aufgespielt; jetzt wolle er diese Vorrechte beschneiden.

Anschließend hielt der frühere Finanzminister Reynaud eine aufsehenerregende Rede, in der er sagte, daß, obwohl er selbst Anhänger einer Abwertung sei, heute, im Zeichen der Panik, von einer solchen Maßnahme keine Rede sein könne. Die einzige Rettung für das Land bleibe, daß in der kommenden Nacht eine neue Regierung aus Mitgliedern aller Parteien gebildet werde, der man morgen die Vollmachten nicht verweigern würde.

Die Rede Reynauds machte ungeheuren Eindruck auf die Kammer. Sie wird als wohlgezielter Hieb gegen die Regierung angesehen.

Nach einem Angriff des Sozialisten Moch gegen die Deflationspolitik der Regierung, die sich trotz Einsparungen von 21 Milliarden als unwirksam erweise, wurde die Sitzung erneut unterbrochen.

**Dann sprach Ministerpräsident Flandin. Zum Schluß seiner Rede kündigte er zur größten Überraschung der Kammer an, daß der Finanzminister seine Demission eingereicht und daß er sie angenommen habe und das Finanzportefeuille neben der Ministerpräsidentschaft selbst übernehmen werde. Die Rede Flandins wurde sehr kühl aufgenommen. Danach wurde die Sitzung um einige Stunden vertagt.**

Nach Wiederaufnahme der Kammersitzung um 21.30 Uhr wurde die allgemeine Aussprache für geschlossen erklärt. In der Aussprache über die Abstimmung erging sich ein kommunistischer Redner in heftigen Angriffen gegen die Regierung und in einer Verherrlichung der „Friedenspolitik der Sowjetregierung".

Hierauf ergriff Staatsminister Herriot das Wort. Er teilte mit, Ministerpräsident Flandin erklärte sich damit einverstanden, daß die Vollmachten zum 31. Oktober erlöschten und die Ratifizierung durch das Parlament vor dem 15. 3. 1935 zu erfolgen habe.

# Neuer außenpolitischer Kurs Englands?

**Zusammengehen der angelsächsischen Mächte? — Größtes Interesse am westlichen Luftpakt.**

Der englische Lordsiegelbewahrer Eden hielt vor der Jahreskonferenz des Konservativen Frauenausschusses eine Rede, die sich zum Teil auffällig mit der Rede des stellvertretenden Ministerpräsidenten Baldwin deckte. Wie Baldwin trat auch Eden für ein enges Zusammengehen der angelsächsischen Mächte ein, wobei in besonders betonter Form auf die Gemeinsamkeit der Weltinteressen, der völkerrechtlichen Anschauungen und der Muttersprache der beiden angelsächsischen Länder hingewiesen wurde.

In politischen Kreisen Londons haben beide Reden viel Aufsehen erregt, weil man darin so etwas wie

**die Ankündigung des außenpolitischen Kurses des neuen Kabinetts Baldwin**

zu sehen glaubt, der dem besonderen Verlangen der Dominionvertreter entsprechen würde. Dieser „neue Kurs" soll den Mittelweg steuern zwischen den Zielen der sogenannten „Isolationisten", denen, die sich von jeder Beteiligung an der europäischen oder Weltpolitik fernhalten wollen und der franzosenfreundlichen Tradition des Auswärtigen Amts. Voraussetzung dafür aber sei, jede Festlegung zugunsten einer bestimmten Mächtegruppe auf dem Festland zu vermeiden.

Edens Rede findet in einem Teil der englischen Presse Kritik.

**„Wir wollen keine kontinentalen Verwicklungen mehr!"**

stellt das führende konservative Provinzblatt mit Entschiedenheit fest und gibt damit abermals dem Wunsch der konservativen Mehrheit Ausdruck, so schnell wie möglich zu irgendwelchen greifbaren Ergebnissen zu kommen und den westlichen Luftpakt und damit die England am meisten interessierende Frage zum Abschluß zu bringen. In gut unterrichteten Kreisen verlautet, daß der englische Botschafter in Paris in diesem Sinne bei der französischen Regierung vorstellig geworden sei. Wie es heißt, hat die französische Regierung zunächst Bedenken gegen die von Baldwin vorgeschlagene „Etappenlösung" geäußert und ihrer Meinung dahin Ausdruck gegeben, den Luftpakt nur in Verbindung mit Ost- und Donaupakt abzuschließen, während England diese Fragen einer im Haag geplanten europäischen Konferenz überlassen möchte.

## Austausch der Ansichten.

Das Auswärtige Amt in London bestätigt die erste Zusammenkunft zwischen den deutschen und englischen Flottenvertretern am Dienstag, dem 4. Juni, morgens, in London. In der amtlichen Verlautbarung heißt es weiter: „Wie bei den früheren Verhandlungen mit den Vertretern anderer Mächte, ist es auch bei Zweck dieser informellen Besprechungen, Informationen und Ansichten auszutauschen als Vorbereitung für irgendwelche formelleren Verhandlungen, die später im Hinblick auf den Abschluß eines internationalen Abkommens für die Begrenzung der Flottenrüstungen stattfinden können."

## Deutscher Entwurf zum Luftlocarnopakt in England überreicht.

**Die Reichsregierung hat, wie am Donnerstagabend von zuständiger Stelle bekanntgegeben wurde, der englischen Regierung auf deren Wunsch den Entwurf eines Luftlocarnopaktes übergeben, wie dieses schon früher seitens der französischen und italienischen Regierung geschehen ist. Über den Inhalt des deutschen Entwurfs lagen amtliche Mitteilungen am Donnerstagabend noch nicht vor.**

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF